

Kein Pressedienst - Nur zur Information

12/2006

Dezember

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV, Nipashe, Najira, Arusha Times, Financial Times, The Express, Msema Kweli, The East African, UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs vom 23.11.2006 (Interbankrate) für 1,-- € 1.728/-- TSh (<http://www.oanda.com/cgi-bin/travel>)

Tansania und seine Nachbarländer **Seite 2**
Burundi; Kenia; Malawi; Mosambik; Republik Kongo; Ruanda;
Sambia; Uganda; Viehhalter aus Burundi, Ruanda und Uganda

Zur Beschäftigung von Ausländern **Seite 5**
Begrenzung von Arbeitsgenehmigungen, Ausländer nehmen Tansaniern Jobs weg; zu Angestellten ausländischer Investoren; Umfrage zur Rolle ausländischer und tansanischer Mitarbeiter; zum Nutzen ausländischer Mitarbeiter

Zu Verkehrssicherheit und Unfällen **Seite 6**
Statistik; Ursachen der Unfälle; Maßnahmen; Kritik der Weltbank; zu Verkehrsunfällen; Dar-es-Salaam Kinder zu rücksichtslosen Daladala-Fahrern

Zu den Medien **Seite 8**
Zu Ausbildung der Mitarbeiter; Pressefreiheit; Vorgehen gegen Pornographie; zu Verbreitung, Empfangsqualität; zu einer Jugendzeitschrift; zu den IPP-Medien; Kritik

Zu Toleranz und Spannungen zwischen und in Religionsgemeinschaften **Seite 10**
Kikwete zur Einheit unter den Muslimen; Kikwete zur Toleranz in Religionsfragen;
Kikwete zum Muslimrat; Kommentare zu Kikwetes Ansprache;
Oberscheich zum Streit unter Muslimen

Muslimische Nachrichten **Seite 11**
Sechs Bakwata-Verantwortungsträger entlassen; zur *Hizb ut Tahir*;
Präsident Karume zum Beitritt zur OIC; Internationale Tagung

Zum Id el-Fitr **Seite 11**
Offizielle Veranstaltungen; *Ansar Sunna*; Kinder aus Dar freuen sich auf Id el-Fitr

Zum Kadi-Gericht **Seite 12**
Rückblick; Reaktion der katholischen, lutherischen und anglikanischen Kirchen;
Antwort muslimischer Geistlicher und des Bakwata; Informationskampagne

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das MWB-Konto: siehe unten

Herausgeber: MWB-Afrika-Referat
Redaktion: Eva Caspary
Internet: www.tansania-information.de

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302
Acredobank e.G. Nürnberg, Kto.-Nr. 10 11 111 (BLZ 760 605 61)
Missionswerk Bayern: <http://www.missionswerk-bayern.de>
eMail: africadesk@missionswerk-bayern.de

Tansania und seine Nachbarländer

Burundi: 600 Burundier, die länger als 20 Jahre in Tansania gelebt hatten, wurden ausgewiesen, mit nichts als dem, was sie auf dem Leib trugen. Illegal hätten sie sich in Tansania aufgehalten, hieß es. Sie waren vor ethnischen Streitigkeiten geflohen oder hatten einen Tansanier geheiratet. Einige kamen ohne ihre Kinder, andere durften ihre mitnehmen. Viele hatten ihre Ehemänner zurückgelassen. Sie waren zur Grenze gebracht worden, weil man ihnen den Übertritt erleichtern wollte. Diese Burundier hatten sich nie um die Anerkennung als Flüchtlinge bemüht. Der Gouverneur der Nordost-Provinz Burundis sagte, trotz guter Beziehungen zu Tansania sei man nicht von der Ausweisung unterrichtet worden, habe keine Vorbereitungen treffen können. Zwischen Jan. und Juli seien 1.150 Burundier zur Ausreise gezwungen worden, in Mai 400 auf einmal. Seither seien sie in Gruppen zu 20 oder 30 gekommen. Vergeblich habe er sich um ein Gespräch mit tansanischen Behörden bemüht, sagte der Gouverneur. Mindestens 190.000 Burundier waren Langzeit-Flüchtlinge, die in tansanischen Dörfern lebten. (IRIN 14.8.06)

Die Regierung der USA bot ihre Hilfe für die Repatriierung von 10.000 bis 13.000 Flüchtlingen an, damit Tansania von dieser Last befreit werde. Tansania, UNHCR und die *International Organisation for Migration* (IOM) unterzeichneten ein Abkommen, das die Wiederansiedlung regelt. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der burundischen Regierung und der letzten Rebellenarmee im Sept. könne man auf die Repatriierung vieler Flüchtlinge hoffen, heißt es in einer Erklärung. Einige Lager wurden bereits geschlossen. (DN 18.10.06; Guardian 14.10.06)

Der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) ergriff alle notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Flüchtlinge, die von einem Land ins andere ziehen mussten, bei der Wiederansiedlung berücksichtigt werden. Um die für eine Ausreise nötigen Formalitäten zu ermöglichen, sammelt man sie im Ausreise-Lager in Kanembwa. (Observer 22.10.06)

*

Kenia: Im Tarime-Distrikt (Mara-Region) wurden zwei Tansanier vermisst. Deshalb verstärkte Tansania die Sicherheitsvorkehrungen an der Grenze nach Kenia. Tansanier berichteten, Leute vom Volk der Kipsigi seien eingedrungen, von kenianischen Polizisten angeführt. Sie hätten einen Tansanier getötet, einen verhaftet. Kenianische Polizisten behaupten, der Mann sei in einem Kampf getötet worden, bei dem es darum ging, gestohlenen Vieh zurück zu holen. Beide, der Tote und der Verhaftete, seien Viehdiebe. Der Regional Commissioner von Mara äußerte, wiederholt überschritten kenianische Polizisten die Grenze.

Ein Team aus kenianischen und tansanischen Polizisten soll diesen und ähnliche Fälle untersuchen, und Maßnahmen empfehlen, die einen sicheren Frieden in diesem Gebiet garantieren. Die beiden Länder versuchen, die Sicherheitslage zu verbessern und den Viehdiebstahl zu beenden, in den die an der Grenze lebende Bevölkerung verwickelt ist. Das Team soll das Ergebnis seiner Untersuchung den Sicherheits- und Verteidigungsorganen der beiden Ländern vorlegen. (DN 9./12./20.10.06)

Weil sich die Sicherheitslage in Somalia und Äthiopien verschlechterte, wurden alle Polizeistationen an der Grenze zwischen Kenia und Tansania in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Es geht darum, das drohende Eindringen illegaler Einwanderer vom Horn von Afrika in den Griff zu bekommen. Sieben Personen, die behaupteten, sie seien Äthiopier, wurden bei Himo verhaftet. Alle hatten eine Bibel bei sich und gaben vor, Evangelisten zu sein. Ein kenianischer Boss habe ihnen geholfen, dafür von jedem 200.000/- bis 500.000/- TSh verlangt. Die illegalen Fremden sollen dem Einwanderungsamt übergeben werden. (Guardian 12.10.06)

Tansania schloss an der Grenze die Schlupflöcher der sog. Maus-Pfade, über die Waren aus der Arusha- und der Kilimanjaro-Region nach Kenia geschmuggelt wurden. Mais kostet seither nur noch halb so viel wie vor der Aktion. Der Erfolg sei der Kooperation von Bevölkerung, Miliz und Polizei zu verdanken, sagte ein Polizeikommandant. In der Grenzstadt Longido gibt es nun einen offenen Markt, auf dem Bauern und Händler aus Kenia und anderen Ländern ein- und verkaufen können. Ein Bauer begrüßte das Unterbinden des Schmuggels. Zu Schleuderpreisen hätten viele Ernteprodukte in Kenia verkauft, später dann unter Lebensmittel-Verknappung gelitten. (Guardian 8.11.06)

*

Malawi: Einige tansanische Firmen nehmen im kommenden Jahr an der Handelsmesse *Malawi International Trade Fair* teil. Dazu lud der in Malawi akkreditierte Botschafter Tansanias Betriebe ein, die Ernteprodukte verarbeiten, z. B. aus Bananen, Rosella (*Hibiscus sabdariffa*) oder Papaya Wein, Marmelade und Saft herstellen. "Das ermöglicht es unserer Firma, den Markt zu erweitern und neue Partnerschaften aufzubauen", sagte der Direktor der Firma *Mwiza Group*. (Guardian 6.11.06)

Bei einer Fragestunde im Parlament erklärte Premierminister Lowassa, in Tansania wisse man, dass der See, an dem Tansania und Malawi liegen, Nyasa-See heißt, nicht Malawi-See. Es gebe aber keine ernsthafte Uneinigkeit über den Namen des Sees. Der Stellvertretende Außenminister sagte, seit 1970 sprächen die beiden Länder über die gemeinsame Grenze. Kürzlich habe Malawi Bereitschaft zur Kooperation gezeigt. Tansania habe die Grenze von den Kolonialisten geerbt. Auf seinen Landkarten liege die Grenze in der Mitte des Sees, auf denen Malawis an der Küste Tansanias. Im Augenblick gebe es keine Probleme außer einer kleinen Unklarheit am Songwe-Fluss, weil sich dessen Lauf ändere. Das *Songe-Entwicklungsprogramm* solle Klarheit schaffen. (DN 16.11.06; Guardian 16.11.06)

*

Mosambik: Die *Tanzania-Mozambique Permanent Joint Commission* tagte unter dem Vorsitz der Außenminister der beiden Länder. Es ging u. a. um den Bau der beide Länder verbindenden, 600 m langen *Unity Bridge*. Tansania und Mosambik versicherten, die Brücke werde 2008 fertig sein. Sie vereinbarten, entlang der Grenze die Infrastruktur zu schaffen, die Handel ermöglicht und überwacht. Die *Commission* begrüßte, dass nun kein Visum mehr nötig ist. Mosambik bat Tansania um erfahrene Polizisten für die Ausbildung ihrer Polizei. Die beiden Länder empfahlen ein Komitee einzusetzen, das über illegale Einwanderer, Grenzstationen, Flüchtlinge, Repatriierung Fremder und illegalen Bergbau berät. Es begrüßte auch die Überführung der sterblichen Überreste tansanischer Soldaten im Jahr 2004. Nach Gesprächen über eine Reihe weiterer Themen, vereinbarten die beiden Länder, nach Ablauf eines Jahres die Fortschritte zu prüfen. Bei der Unterzeichnung eines Memorandums sagte Außenministerin Asha-Rose Migiro, die Vereinbarung zeige "die starke Verbundenheit mit Mosambik, die bis zu den Kämpfen gegen die Herrschaft der Portugiesen während der frühen 60er Jahre zurückreicht." (DN 7.9.06)

Das staatseigene Textilwerk *Texmoque* in Nampulo, einer Stadt im Norden Mosambiks, 1994 geschlossen, wurde 1996 von einer portugiesischen Gesellschaft übernommen, konnte aber nicht wiederbelebt werden. Als man von den Erfolgen der *Mohamed Enterprises Tanzania Ltd.* (MeTLs) hörte, schickte man eine Delegation nach Tansania. MeTLs erwarb das Textilwerk. Nun sollen tansanische Fachleute für Verwaltung und Betrieb eingestellt werden. Die Produktion wird voraussichtlich 2007 mit 600 bis 800 Angestellten wieder aufgenommen. (DN 16.10.06)

Die Außenminister der beiden Länder unterzeichneten ein Abkommen, in dem es um Zusammenarbeit beim Nachrichtendienst geht. Es sieht vor, dass Tansania Mosambik hilft, seinen National Service aufzubauen. Mosambik wird 600 Soldaten zu dreijähriger Ausbildung nach Tansania schicken. Außerdem wird die Armee Mosambiks ein Gemeinschaftsunternehmen mit der in Dar-es-Salaam ansässigen *Army's Textile Industries* betreiben. Mosambiks Außenminister sagte, sein Besuch in Tansania sei wichtig gewesen, denn Tansania sei die Heimat der Befreiung Mosambiks. Die langen engen Beziehungen der beiden Länder würden unter keinen Umständen aufhören. (DN 29.10.06)

Das Parlament ratifizierte das Gesetz zur Abschaffung der Visumpflicht für Tansanier und Mosambikaner, die 30 Tage im Nachbarland weilen. Gleichzeitig wurden engere soziale und wirtschaftliche Kontakte gefordert. Es sei an der Zeit, die von den Kolonialisten in lächerlicher Weise festgesetzten Grenzen abzuschaffen. Seit Urzeiten habe es zwischen den Menschen Südtansanias und Nordmosambiks soziale und kulturelle Bande gegeben. Deshalb verwundere es nicht, dass sich Tansania am Krieg gegen die portugiesischen Kolonialisten aktiv beteiligte, sagte ein Abgeordneter. Noch sei der Handel zwischen den beiden Ländern gering. Doch der Export von Tansania nach Mosambik sei von '04 bis '05 von 3,4 Mio. US\$ auf 6,5 Mio. US\$ gewachsen. Statt 30 sollten die Nachbarn 90 Tage ohne Visum bleiben dürfen, damit sie ernsthafte Geschäfte abschließen könnten. Es gebe in Südtansania und Nordmosambik viele Natur- und Bodenschätze, die zum gegenseitigen Nutzen ausgebeutet werden könnten. (DN 8.11.06)

*

Republik Kongo: Innenminister Chiligati vermutete, die demokratischen Wahlen in der Republik Kongo deuteten darauf hin, dass es zu einer massenweisen freiwilligen Repatriierung der Kongo-Flüchtlinge kommen werde. Angemessene Finanzierung derselben sei außerordentlich wichtig. Chiligati sagte. "Ich bitte den UNHCR, die finanzielle Hilfe für Repatriierung und Erweiterung der Aufnahme-Kapazität der Republik Kongo zu erhöhen." (DN 18.10.06)

*

Ruanda: 1996 beantragte Ruanda die Aufnahme in die *East African Community* (EAC). Der Antrag wurde zurückgestellt, weil die drei Länder, die die EAC gegründet hatten, meinten, vorher müsse die Zollunion entstehen. Das geschah am 1.1.06. Anfang Oktober unterzeichneten die Ständigen Vertreter der EAC und die Regierung Ruandas nach einwöchiger Beratung ein Abkommen, das beinhaltet, Ruanda akzeptiere alle für die Aufnahme in die *East African Community* (EAC) nötigen Vorbedingungen. Auch dem Beitritt zur Zollunion stimmte Ruanda zu. Ein EAC-Komitee hatte

Ruanda besucht und festgestellt, das Land habe seit dem Völkermord von 1994 auf den Gebieten Wirtschaft, Justiz und Politik eindrucksvolle Fortschritte gemacht. (DN 10.10.06)

*

Sambia: Als sie erfuhren, einer ihrer Kollegen sei beim Verhör von sambischen Polizisten getötet, ein anderer angeschossen worden, randalierten Jugendliche, die in der Grenzstadt Tunduma Handel treiben, mehrere Tage mit Keulen, Speeren, Macheten, Pfeil und Bogen bewaffnet. Sie steckten ein Haus in Brand, beschädigten Autos, schlugen auf Passagiere zweier Busse ein, die auf dem Weg von Dar-es-Salaam nach Lusaka pausierten. Der normale Handel war gelähmt. Den Polizisten beider Länder gelang es nicht, Ruhe zu stiften. Deshalb setzte man Polizisten der Eingreiftruppe und einige Soldaten ein, postierte sie dort, wo Tansanier und Sambier sonst frei verkehren. Die Grenze wurde vorübergehend geschlossen, wenige Tage danach wieder geöffnet. Die sambische Regierung entschuldigte sich; ein Komitee soll die Vorgänge um das Verhör und den Tod des Tansaniers untersuchen. Einige sambische Polizisten wurden verhaftet. Bei einem Treffen beider Länder beriet man, wie die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessert werden könnten und vereinbarte, sich regelmäßig zu treffen, einander wie Brüder u. Schwes-tern zu behandeln. Die Polizisten versprachen, zu kooperieren. Zu gleicher Zeit kam es erneut zu Kämpfen. Auf jeder Seite wurden vier Menschen verwundet.

1998 folterten sambische Polizisten einen Tansanier, im vergangenen Jahr töteten sie zwei. Das hatte zu ähnlichen Unruhen geführt.

Der Hochkommissar Tansanias für Sambia sagte, das Geplänkel bleibe auf die Grenzstadt Tunduma beschränkt, es störe den Handel nicht. Andernorts lebten die Tansanier weiterhin im Frieden mit ihren sambischen Gastgebern. Er dementierte Berichte, tansanische Geschäfte in Lusaka seien in Brand gesteckt worden. (DN 1./2.9.06; Guardian 1./2./6.9.06)

*

Uganda: Bei Gesprächen mit der *East African Legislative Assembly* (EALA) protestierten ugandische Geschäftsleute gegen die Visumsgebühr in Höhe von 100 US\$, die Nicht-Tansanier beim Passieren der tansanischen Grenze bezahlen müssen. Das sei Ausbeutung. Der EALA müsse eine Entscheidung treffen. Stets hätten Kenianer, Tansanier und Ugander, Einwohner der EAC, die Grenzen ohne Visumpflicht passiert. Tansanier, die in Uganda leben und arbeiten, würden anständig behandelt, Ugander aber auf der anderen Seite mit Feindschaft empfangen. (New Vision 26.7.06)

Am 44. Jahrestag der Unabhängigkeit Ugandas sagte Vizepräsident Shein, Tansania schätze den Beitrag Ugandas zur nachhaltigen Entwicklung der *East African Community* (EAC). "Deshalb ist enge Kooperation unabdingbar, damit in dieser Entwicklung ermöglicht wird", betonte er. (Guardian 11.10.06)

Ein Kommandant der selbsternannten *Lord Resistance Army* (LRA) bat in Tansania um Asyl. Nach mehreren Wochen auf illegalen Wegen durch Kenia und Tansania stellte er sich in Arusha der Polizei. Er berichtete, in jungen Jahren sei er 1998 von LRA-Rebellen entführt und als Soldat rekrutiert worden. Weil er sich über Folter im LRA-Lager und Verstöße gegen die Menschenrechte beklagt hatte, habe man ihn vor einigen Monaten eingesperrt. Zusammen mit vier anderen sei er entwischt. Der LRA-Kommandant wurde von Sicherheitskräften verhört. Vor weiteren Schritten wolle man die gesammelten Informationen analysieren. Sein Kommen sei verdächtig, sagte einer. Man sei nicht sicher, ob er wirklich, wie behauptet, Asyl suche. Die LRA kämpft seit 18 Jahren gegen die Regierung Ugandas. Demnächst will man die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen. (Guardian 2./5.10.06)

*

Viehhalter aus Burundi, Ruanda und Uganda: Immer wieder lassen illegale Einwanderer ihre Herden im Karagwe-Distrikt (Kagera-Region) weiden, 42.550 Rinder, 8.920 Ziegen und 2.100 Schafe wurden gezählt. Die Regierung begann, die Fremden in Kooperation mit Regions- und Distrikt-Behörden auszuweisen. Es ist schwierig, Fremde zu identifizieren. Viele seien von Einheimischen aufgenommen worden, berichtet man. Oft handle es sich um nahe Verwandte. Ruander berichteten, ihre Großeltern hätten ihnen Land und Vieh vererbt. Nun würden sie "in Ruanda zu ruandischen Flüchtlingen". Der Stellvertretende Minister für Entwicklung der Viehzucht betonte, weder Institutionen noch Einzelpersonen sei es erlaubt, illegale Viehhalter einzuladen. Das Weiden zu vieler Tiere gefährde die Umwelt. Fachleute erklärten, das Überweiden trage auch bei zu den Problemen des ökologischen Systems des Viktoriasees. (DN 14.11.06; Guardian 14.11.06; IRIN 15.11.06; New Times 21.11.06)

Zur Beschäftigung von Ausländern

Begrenzung von Arbeitsgenehmigungen: Prof. Jumanne Maghembe, Minister für Arbeit und Entwicklung der Jugend, sagte im Parlament, man werde die Zahl der Ausländer begrenzen, die Arbeiten verrichten, die Tansanier mit ähnlichen Qualifikationen und Erfahrungen verrichten können. Eine Kommission prüfe die Behauptung, vor allem im Hotelgewerbe nähmen die Ausländer zu. Es seien zwar laut eines Berichtes nicht mehr als 5 %. Aber ihnen sollen höhere Löhne gezahlt werden als Einheimischen. Außerdem blockierten sie Stellen, die Tansanier übernehmen könnten. Demnächst werde man Bestimmungen verabschieden, die die Zahl überflüssiger Angestellter aus dem Ausland begrenzen. Sein Ministerium habe 475 Anträge auf Verlängerung der Arbeitsgenehmigung erhalten; 341 von ihnen habe man genehmigt. 817 Anträge seien neu gewesen, 544 von diesen akzeptiert worden. (DN 5.8.06)

*

Ausländer nehmen Tansaniern Jobs weg: Bei der Eröffnung der Generalversammlung des *Trade Unions Congress of Tanzania* sagte Minister Maghembe, eine sechsmonatige Untersuchung der Regierung zur Anstellung von Einwanderern habe gezeigt, dass Jobs, die in Händen von Tansaniern sein sollten, von Ausländern, die legal oder illegal im Land sind, dominiert werden. "Was noch schlimmer ist, die meisten von ihnen haben einen tansanischen Geburtschein. Wie sie den bekamen, weiß niemand." Die meisten Ausländer arbeiteten im Hotelgewerbe, in privaten englischsprachigen Schulen und im Bergbau. Einige benützten ihr Dreimonatsvisum, um in Tansania zu arbeiten. Nachdrücklich forderte Maghembe, der Dachverband der Arbeitnehmer solle mit der Regierung kooperieren, um Einwanderer auszumerzen, die Stellen dominierten, die Einheimische einnehmen könnten. "Die Regierung weiß, dass sie vernünftige Jobs schaffen muss für unsere Leute, die gut ausgebildet sind, aber nicht alleine zu einem solchen kommen. Wir brauchen Gewerkschaftsverbände, die ihre Mitglieder anleiten, damit sie uns zuverlässige Informationen liefern über Ausländer, die ohne gültige Genehmigung hier arbeiten", sagte er. Die Regierung habe viel in Bildung und soziale Wohlfahrt investiert und hoffe, in Zukunft unabhängig zu sein, was den Bedarf an Arbeitskräften angeht. Er betonte, noch viele Jahre hätten Ausländer eine wichtige Rolle zu spielen. Aber zweifelsohne sei ihre Zahl begrenzt, auch ihre Qualifikationen. (Guardian 29.8.06)

*

Zu Angestellten ausländischer Investoren: Minister Maghembe sagte, ausländische Firmen, die in Tansania investieren, dürften nur fünf Fachleute aus dem Ausland einstellen. Alle anderen müssten Tansanier sein. Diese Vorschrift werde missachtet. Ausländer stellten Ausländer ein, weil diese kaum Überwachung benötigten, Tansanier dagegen keine 'Selbststarter' seien. Die Tansanier sollten ihre Einstellung zur Arbeit ändern, forderte er. (Guardian 29.8.06)

*

Umfrage zur Rolle ausländischer und tansanischer Mitarbeiter: Kürzlich erschallte in Tansania ein Schrei der Entrüstung, Reaktion auf die Meldung, einige privatisierte Firmen übertrügen Jobs an Ausländer, für die Einheimische besser qualifiziert wären. Ergebnis einer Umfrage aber war die Aufforderung, Tansania solle Investoren erlauben, Mitarbeiter einzustellen, ohne zu berücksichtigen, ob sie Einheimische sind oder nicht. Bei der Erhebung ging es um die Frage, stellen Investoren statt Ausländern Tansanier ein für Jobs, für die beide die gleichen Qualifikationen haben? Es gebe noch andere Gesichtspunkte, hieß es. Einige Interviewte sagten, ehe man in den privatisierten Firmen nackten Protektionismus einführe, müsse man sich der Frage stellen, warum Firmen nicht vorankommen, obwohl sie mit qualifizierten Einheimischen besetzt sind. Andere meinten, etwas von Protektionismus und wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien sei wohl nötig, aber es dürfe nicht so weit kommen, dass man Angst davor hat, in Tansania zu investieren, weil nicht erlaubt werde, Leute einzustellen, denen man vertraut. Einige äußerten, Veränderung der Arbeitskultur, Ernsthaftigkeit und Interesse für Produktion entstünden nicht plötzlich einfach dadurch, dass man qualifizierte Einheimische hat. Es gehe um einen Prozess. (Observer 17.9.06)

*

Zum Nutzen ausländischer Mitarbeit: Staatsminister Mi-zenzo Pinda sagte am 45. Jahrestag des *Worldwide Peace Corps*, Tansania benötige noch immer Fachleute aus dem Ausland, sogar die des *American Peace Corps*. Sie brächten neues Wissen und seien wichtig für den Austausch von Erfahrungen. In der Vergangenheit hätten ausländische Experten viel für die Entwicklung des Landes getan. Die Tansanier sollten die Chance, von ihnen zu lernen, nutzen. "Dann könnten wir von Experten initiierte Projekte fortführen, neue starten. Wir sollten ihnen jegliche Unterstützung anbieten, die sie brauchen, gleichzeitig von ihnen lernen", betonte er. (Guardian 23.10.06)

Zu Verkehrssicherheit und Unfällen

Statistik: Dar-es-Salaam		Arusha und Umgebung	
2004	7.418 Unfälle 367 Todesfälle 3.748 Verletzte		
2005	7.332 Unfälle 383 Todesfälle 3.185 Verletzte	2005	1.012 Unfälle 150 Todesfälle 245 Verletzte
Jan-Juni 06	3.557 Unfälle 190 Todesfälle 2.488 Verletzte	Jan.-Sept. 06	479 Unfälle 129 Todesfälle 405 Verletzte

(DN 16.9.06; Guardian 20.9.06)

(ArushaTimes 23.9.06)

Ursachen der Unfälle: In Dar-es-Salaam nahm die Zahl der Motorfahrzeuge gewaltig zu, doch der Ausbau der Straßen hielt nicht Schritt. Einige Fahrzeugführer besuchten nie eine Fahrschule; viele haben keinen echten Führerschein, sogar Busfahrer; einer ganzen Reihe sind die Verkehrsregeln unbekannt. Auch in Arusha wächst die Zahl der Fahrzeuge, sind die Verkehrsverhältnisse chaotisch. Die Verkehrspolizei ist überfordert, es fehlt an Gerätschaften für die Regelung des Verkehrs. Viele empfehlen, neue Straßen zu bauen und Ampeln zu installieren. Arusha, Tanga und Mwanza sind wahrscheinlich die einzigen Orte der Welt, die Großstadt genannt werden wollen, aber nicht einmal so etwas Wichtiges wie Ampeln besitzen.

Das Verkehrswochen-Komitee schlägt vor, südlich von Arusha eine Umgehungsstraße zu bauen, und die Straßen in und um die Stadt zu teeren. Es kritisiert, dass es keine ausgewiesenen Haltepunkte gibt für die Pendelbusse, die sog. Dala Dala. Statt Verkehrspolizisten zu postieren solle man Ampeln installieren. Außerdem müsse ein Gelände für Fahranfänger geschaffen werden. Meistens sitzen sie bei ihrem ersten Fahrversuch schon hinter dem Steuerrad und fahren in die Innenstadt. Schon lange äußern sich Öffentlichkeit, Einzelne und Organisationen besorgt über die Verkehrsverhältnisse und machen Vorschläge. Aber nichts geschieht. (Guardian 20./29.9.06; Arusha Times 23.9.06)

Laut einer Untersuchung sind die Hauptursachen für Unfälle menschliches Versagen, schadhafte Fahrzeuge und schlechter Straßenzustand. Die Wagenbesitzer warten ihre Fahrzeuge nicht richtig, die Polizei lässt in unverantwortlicher Weise auch defekte Fahrzeuge zu. Die Öffentlichkeit solle jegliche Unregelmäßigkeit melden, sagte der Generalinspektor der Polizei. (DN 29.10.06)

Ein Kommentator kritisiert, auch während Stoßzeiten laufen die Polizisten gelassen auf und ab, warten, bis ein Fahrer einen Fehler macht, um sich dann auf ihn zu stürzen. Abends sieht man sie nirgendwo. Es gibt keine Straßenschilder, die auf Schulen, Brücken oder Kurven hinweisen, keine Zebrastreifen. (Guardian 30.10.06)

*

Maßnahmen: Um Verkehrsstaus und -unfälle zu verhindern wird die dem Amt des Präsidenten zugeordnete Abteilung für öffentliche Sicherheit in Dar-es-Salaam und anderen Großstädten mehr Verkehrspolizisten einsetzen. Staatsminister Ghasia hatte sich per Hubschrauber ein Bild von den mit Fahrzeugen verstopften Gebieten Dar-es-Salaams gemacht. Er stellte fest, am schlimmsten seien die Dala Dala. Zum Aus- und Einsteigen hielten sie mitten auf der Straße an und seien äußerst gleichgültig. Schuld seien auch die schlechte Infrastruktur, das Fehlen von Bushaltestellen. (DN 24.10.06)

Bei einem Workshop zur Straßensicherheitspolitik sagte ein Fachmann, die Kampagne gegen Verkehrsunfälle solle man nicht der Regierung allein überlassen. Es sei höchste Zeit, dass die Regierung Privatgesellschaften und Einzelne einbezieht. In Dar sei die Lage während der Stoßzeiten so katastrophal, dass man u. U. eine ganze Stunde im Stau stecke. Um den Verkehr ins Stadttinnere zu verringern, solle man am Stadtrand einige Einkaufszentren errichten. (Observer 8.10.06)

In einer einwöchigen Sonderaktion beschlagnahmte die Polizei von Dar-es-Salaam 377 Pendelbusse und 53 andere Fahrzeuge und verhaftete zehn Busfahrer. Fünf wurden gegen Kautionsfreilassung gelassen, einer zu einem Monat Gefängnis verurteilt, andere zu 20.000/- - 60.000/- TSh Bußgeld, zehn werden weiter verhört. Bei den Delikten geht es vor allem um überhöhte Geschwindigkeit, Nichtbeachtung der Ampeln, Behinderung anderer, Fahren ohne Sicherheitsgurt, bzw. ohne Uniform. Damit ihre Arbeit effizienter werde, will man die Polizisten nun in einer landesweiten Kampagne in zweitägigen Kursen schulen. (DN 10.11.06)

Die Regierung lässt untersuchen, was in Dar-es-Salaam gegen die Staus unternommen werden könnte. Auf manchen Straßen dauerten sie fast den ganzen Tag. Der Transport kostete unverhält-

nismäßig viel Zeit. Das beraube die Stadt ihrer Konkurrenzfähigkeit, sagte ein Staatssekretär. (Guardian 19./ 21.11.06)

*

Kritik der Weltbank: Die Straßenbauhilfe der Weltbank wird wahrscheinlich nicht ausbezahlt, denn Straßen-sicherheits-Politik und -Strategie seien nicht klar und die Kontrolle durch die ministerielle Verwaltung genüge nicht. Ein Repräsentant der Weltbank sagte, in einem solchen Fall sei es nicht logisch, finanzielle Unterstützung für Straßenbau zu gewähren. Aber es sei traurig, dass Tansania täglich durch Verkehrsunfälle arbeitsfähige Menschen verliert. "Wir wollen noch immer gerne helfen. Aber wir benötigen eine überzeugende Erklärung der Regierung zu ihren Plänen in Bezug auf das sich auf den Straßen ereignende Blutbad", betonte er. (DN 7.10.06)

*

Zu Verkehrsunfällen in ca. sechs Wochen: Auf der Fahrt von Dar-es-Salaam nach Dodoma stürzte ein Bus in einen tiefen Graben und überschlug sich, weil er einem Tankwagen ausweichen wollte, der ihm während eines Überholmanövers entgegen kam. 15 Passagiere waren auf der Stelle tot, zwei starben später, 41 wurden verletzt. Der Fahrer musste zwei Tage nach Entlassung aus dem Krankenhaus vor Gericht erscheinen. Er ist nun in Untersuchungshaft. (DN 26./30.9./1./4.10.06)

Drei Geschäftsleute starben sofort, 24 wurden verletzt, als der Lastwagen, mit dem sie zum Rukwasee-Fischmarkt fuhren, in Mbeya in den Fluss Sisimba stürzte. (DN 6.10.06)

Auf der Straße von Singida nach Ndago überschlug sich ein Lastwagen der Gefängnisabteilung, weil ein Hinterreifen platzte. Acht Menschen starben am Unfallort, elf wurden verletzt. (DN 7.10.06; Guardian 7.10.06)

In Dar-es-Salaam starb ein Fußgänger, der von einem mit überhöhter Geschwindigkeit fahrenden Nissan zu Boden geworfen worden war. (DN 9.10.06)

In Dar-es-Salaam überschlug sich ein PKW bei überhöhter Geschwindigkeit. Der Fahrer und seine drei Mitfahrer starben bei Ankunft im Krankenhaus. (DN 9.10.06)

In der Ruvuma-Region überschlug sich ein Lastwagen, mit 9 t Reis und Bananen beladen, wegen überhöhter Geschwindigkeit. Er transportierte gleichzeitig Menschen, was verboten ist. Sechs Menschen starben, 52 wurden verletzt. Einige sagten, der Fahrer sei betrunken gewesen. Ein Polizeikommandant mahnte, statt Lastwagen sollten die Leute Busse benutzen. Es gebe genügend in diesem Distrikt. (DN 13.10.06; Guardian 13.10.06)

Bei einem Autounfall in Dar-es-Salaam wurden 24 Personen verletzt, weil ihr Bus von der Straße abkam und sich überschlug. (DN 16.10.06)

Auf der Fahrt von Lusaka nach Dar-es-Salaam platzten bei einem Bus die beiden Vorderreifen. Elf Passagiere starben auf der Fahrt ins Krankenhaus, 30 Verletzte wurden in Chimala und Mbeya behandelt. (DN 16.10.06)

In der Tabora-Region überschlug sich ein Lastwagen, der mehr als 70 Menschen transportierte. Drei starben, 33 wurden z. T. schwer verletzt. (Guardian 1.11.06)

Im Muheza-Distrikt (Tanga-Region) stieß ein Kleinbus mit einem Überlandbus zusammen, der ihm mit überhöhter Geschwindigkeit entgegenkam. Der Fahrer und drei Passagiere starben am Unfallort, mehrere wurden verletzt. Der Fahrer des Überlandbusses muss vor Gericht erscheinen. (Guardian 18.11.06)

*

Rücksichtslose Daladala-Fahrer sollte man inhaftieren, sagen Kinder eines Tageszentrums in Dar:

Nelson (9): Die Daladala-Fahrer misshandeln die Schulkinder wirklich.

Hope (9): Die Stadtväter sollten sich gelegentlich mit den Daladala-Fahrern zusammensetzen und einfach besprechen, wie man den Transport der Schulkinder verbessern könnte.

Delphine (8): Wenn sich ein Busfahrer weigert, Schulkinder mit zu nehmen, sollte ihm die Regierung seine Lizenz entziehen.

Zaid (9): Die Fahrer und Fahrzeugbegleiter, die sich nicht ans Gesetz halten, sollten vor Gericht gestellt werden. Dann löst sich das Problem ganz von selbst.

Sharon (8): Wenn ich groß bin, möchte ich Polizistin werden und mich um die Rechte der Kinder kümmern.

Mustapha (8): Man müsste die Daladala-Fahrer ab und zu ohrfeigen. Dann halten sie sich an die Vorschriften.

Abraham (8): Die Schulkinder kommen meistens zu spät, einfach weil sie keine zuverlässigen Transportmittel haben.

Rahma: Ich bitte Präsident Kikwete, sich um das Wohl von uns Kindern zu kümmern. (Guardian 17.6.06)

Zu den Medien

Zur Ausbildung der Mitar-beiter: Die Regierung erklärte, sie plane ein Gesetz gegen unqualifizierte Journalisten. Wer ohne Ausbildung tätig sei, werde bestraft, u. U. inhaftiert. Der Generalsekretär des *Medienrates von Tansania* (MCT) riet allen, die sich für den Journalistenberuf interessierten, vor Verabschiedung des Gesetzes eine gewisse Ausbildung zu absolvieren. Bei der Abschlussfeier der Hochschule für Journalismus in Dar-es-Salaam sagte ein Medienfachmann, nahezu kein Medienhaus habe sich um eine Ausbildung seiner Mitarbeiter gekümmert. Die meisten Menschen glaubten, jeder könne als Journalist tätig sein, eine Ausbildung sei überflüssig. Interessenten sollten Nutzen daraus ziehen, dass es nun mehr Hochschulen für Journalisten gibt. (Guardian 26./31.10.06)

Die Regierung von Sansibar legte dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzesentwurf zur Gründung eines Medieninstituts vor. Diese Hochschule für Journalismus solle das Problem des Mangels an kompetenten Journalisten lösen, sagte der Stellvertreter des Chief Ministers. (DN 18.10.06; Guardian 18./20.10.06)

*

Zur Pressefreiheit: In Sansibar wurden drei Journalisten, Mitarbeiter von *The Guardian*, *Citizen* und *Channel Ten*, die ein Dorf auf Pemba besucht hatten, an einer Straßensperre verhaftet. Sie hatten den Auftrag, über die Versorgungslage auf Pemba zu recherchieren. Über das Motiv der Verhaftung war nicht sofort etwas zu erfahren. (Guardian 11.9.06)

Abgeordnete des Abgeordnetenhauses von Sansibar äußerten bei der Diskussion über die Gründung eines Medieninstituts, sie bezweifelten, dass die Einführung einer Ausbildungsstätte für Journalisten die Pressefreiheit fördern werde. "Wir benötigen diese Einrichtung, fürchten aber, die Verantwortungsträger sind nicht bereit, auf den Inseln eine freie Presse zuzulassen", sagte ein Abgeordneter des Oppositionslagers. Kein Journalist könne über Vorgänge berichten, die mit mangelndem Verantwortungsbewusstsein von Regierungsstellen zu tun haben. Einige Abgeordnete rieten der Regierung von der Einmischung in die Unabhängigkeit privater und öffentlicher Medien ab. Ein CUF-Abgeordneter warf der Regierung vor, sie behindere Journalisten, die es wagten, die Wahrheit zu sagen, z. B. jene, die über die Hungersnot in Pemba hätten berichten können. Das verstoße gegen die Verfassungen von Union und Sansibar. (DN 18.10.06; Guardian 18./20.10.06)

Aus einem Kommentar: Einem BBC-Team wurde in Sansibar die Genehmigung eines Auftritts verweigert. In mehreren Städten Kenias, Ugandas und des Festlands von Tansania war seine Unterhaltungssendung ein voller Erfolg. Wir fürchten eine gefährliche Entwicklung. Laut Verfassung hat jeder Bürger Redefreiheit. Es könnte Anzeichen geben dafür, dass sich Intoleranz langsam in die Medien einschleicht. Immer wieder wies Präsident Kikwete die Staatsdiener an, die Medien wenn nötig zu informieren. Trotzdem zögerten viele. Die drei Journalisten reisten nach Pemba, um die Berichte über Lebensmittelverknappung zu verifizieren. Das ist notwendig, ehe man so etwas veröffentlicht. Allein die Medien sind moralisch verpflichtet, die Klagen des Volkes bekannt zu machen, damit geholfen werde. (Guardian 14.9.06)

Die Regierung wird dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes vorlegen. Es soll die Rolle definieren, die die Medien spielen bei der Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung, von Frieden, Sicherheit, Einheit und Zusammenhalt der Nation. Das Hauptanliegen sei eine genaue und grundlegende Definition der Freiheiten und Pflichten, die öffentliche und private Medien der Nation gegenüber haben, sagte Muhammed Seif Khatib, Minister für Information, Kultur und Sport. Man solle seinem Ministerium Meinungen über dieses Gesetz vorlegen. Der Direktor des *Informationsdienstes* (*Maelezo*) sagte, die Regierung solle nicht wie ein Gefängnis sein, aus dem kaum je Informationen flössen. (DN 31.10.06)

*

Vorgehen gegen Pornographie: In einer landesweiten Sonderaktion wurden in Dar-es-Salaam neun, in der Kilimanjaro-Region drei, in Iringa fünf Personen verhaftet, weil sie im Besitz von vielen Exemplaren pornographischer Zeitschriften waren. Die Polizei beschlagnahmte die Zeitschriften. Ein Polizei-Kommandant sagte: "Diese Blätter vernichten unsere Kultur und gefährden die Jugend." Ein anderer dankte allen, die der Polizei Informationen zukommen ließen. Alle, die pornographische Zeitschriften verteilen oder verkaufen, wurden angewiesen, diese abzuliefern, ehe die Polizei sie finde. Man warnte die Öffentlichkeit davor, solche Schriften zu

kaufen. Sie schaden der Gesellschaft. Personen, die pornographisches Material besitzen, werden mit zwei Jahren Haft oder Bußgeld in Höhe von 200.000/- TSh bestraft. Der Handel mit Pornographie geschieht im Verborgenen. Das macht es schwer, betreffende Personen dingfest zu machen. Alle wurden aufgefordert, den Kampf der Regierung gegen Pornographie zu unterstützen, Läden, die solches Material verkaufen, zu identifizieren. (DN 11.9.06; Guardian 7./13./16.9./15.11.06)

*

Zu Verbreitung, Empfangsqualität: Unter den englischsprachigen Tageszeitungen ist *The Guardian* (seit 1995 von IPP Medien herausgegeben) die meistgelesene, gefolgt von *Daily News/Sunday News* (staatseigen, 2005 auf Platz eins), *Mwananchi Communication's* und *The Citizen*. *Alasiri* (IPP-Produkt) ist die meistgelesene swahilisprachige Zeitung. *Independent Television* (ITV) ist der beliebteste Fernsehsender, gefolgt von *Television ya Taifa* (TVT) und *Star TV*. - *Tanzania Standard (Newspapers) Ltd.* (TSN) ist die Herausgeberin der *Daily News/ Sunday News*, IPP Medien die Produzentin von *The Guardian* und *Alasiri*. Um noch mehr Menschen zu erreichen, plant TSN nun, auch eine Swahili-Version herauszugeben.

Radio Tanzania Dar-es-Salaam (RTD) und TVT sollen demnächst 24 Stunden senden, ihre Empfangsqualität will man verbessern, damit der Empfang im ganzen Land möglich sei. (DN 27.7./3.8.06; Guardian 7.10.06)

*

Zu einer Jugendzeitschrift: *Femina*, eine beliebte Jugendzeitschrift, heiße nun *Fema*; das gab das *Gesundheits-Informationsprogramm* (HIP), ihr Eigentümer, bekannt. Man wolle die Unisex-Vision der Zeitschrift verdeutlichen, deshalb der Name *Fema* für 'female und male'. "Viele dachten bei dem Namen *Femina* nur an Frauen. Aber die Zeitschrift wendet sich an Männer und Frauen", erklärte die Leitende Herausgeberin. Das Interesse an korrekter Information über Fragen der Sexualität sei groß, denn auf Seiten der Eltern fehle es an Offenheit. *Femina* wurde 1999 vom HIP als deren erste Zeitschrift herausgegeben. Ihre Auflage stieg seither von 20.000 auf 100.000. Einige Exemplare gab man damals kostenlos an einige Sekundarschulen ab. Einer Umfrage zufolge wird jedes Exemplar von mindestens 15 Personen gelesen. Die wichtigsten Themen sind Gesundheit der Geschlechtsorgane, Verhältnis der Geschlechter, Lebensstil, Unterhaltung, HIV/AIDS, Arbeit, Sozialstudien. (Guardian 15.9.06)

*

Zu den IPP-Medien: Der *Muslimrat Tansanias* (Bakwata) lobte den Exekutivvorsitzenden der Firma *Industry Promotion Products* (IPP), Reginald Mengi, sowie den IPP-Fernsehsender ITV und *Radio One*, denn sie hätten muslimische Bildungsprogramme kostenlos ausgestrahlt. Bakwata wäre nicht in der Lage gewesen, die Kosten zu tragen, sagte ein Scheich. (Observer 22.10.06)

Der Abgeordnete Malima hatte dem Medien-Mogul Reginald Mengi, einem der prominentesten Geschäftsleute Tansanias und Eigentümer des IPP-Fernsehsenders *Independent Television* (ITV), vorgeworfen, dieser widme Mengis persönlichen, trivialen Angelegenheiten unverhältnismäßig viel Zeit, was ein Missbrauch der Medienfreiheit sei. Führenden Persönlichkeiten des Staates dagegen werde angemessene Redezeit vorenthalten. Mengi gehe es um Selbstdarstellung. Dafür aber seien ihm die TV-Frequenzen nicht zugestanden worden. Mengi erstattete Strafanzeige gegen Malima. Sie wurde angenommen - ein Schritt, der erstmalig ist in der Geschichte des Parlaments in einem Fall, bei dem jemand aus der Öffentlichkeit wegen der Bemerkungen eines Abgeordneten im Parlament gegen diesen klagt. Mengi warf Malima vor, er verstecke sich hinter dem Privileg eines Parlamentariers, um ihn zu verleumden. Parlamentspräsident Samuel Sitta leitete die Sache zur Untersuchung an den Parlamentsausschuss für Recht, Moral und Vollmacht weiter und empfahl, angemessen zu reagieren. Stellt dieser fest, Malima habe Mengi und den ITV verleumdet, ist Sitta ermächtigt, den Abgeordneten zu suspendieren, oder ihn aufzufordern, die Anschuldigung zurück zu ziehen, oder eine Entschuldigung zu verlangen. Mengi aber wird nicht in der Lage sein, rechtlich gegen Malima vorzugehen, auch nicht, wenn das Parlament befindet, er habe sich vor Gericht zu verantworten. (The E. A. 17.10.06)

*

Kritik: Der Richter Warioba warf den lokalen Medien vor, sie berichteten von der Regierung mehr als von der Einwohnerschaft insgesamt. Das schade der Entwicklung des Landes. Die Regierung müsse regelmäßig zur Verantwortung gezogen werden. Doch die Medien dürften nicht blind sein für das, was der private Sektor tut. Manche leisteten viel, um die Armut zu überwinden, "aber das kommt nicht vor in den Medien", sagte er. Außerdem kritisierte er, der Unterhaltungsteil werde von Ausländischem dominiert. "Die Tansanier wissen jetzt viel mehr über ausländische Sportclubs und Sportler, über Musiker und Seifenopern als über tansanische", klagte er. (Guardian 16.11.06)

Zu Toleranz und Spannungen zwischen und innerhalb von Religionsgemeinschaften

Kikwete zur Einheit unter den Muslimen: Beim *Ijtimai International Forum* in der Stadt Sansibar, einem Workshop, an dem Muslime aus mehreren Ländern Ostafrikas teilnahmen, sagte Präsident Kikwete, die Muslime sollten Wege finden, um untereinander Einigkeit zu schaffen. "Wir erleben dauernd Streit. Warum setzen wir uns nicht zusammen, um Mittel und Wege für die Lösung unsere Probleme zu finden?", fragte er. Es sei ganz normal, zu erleben, dass Mitglieder einander beleidigten. "Ihr sollt nicht im Hintergrund bleiben und euch von der Tagesordnung des Staates isolieren. Ihr müsst euren Beitrag leisten, denn ihr seid Teil der tansanischen Gesellschaft", betonte er. Kikwete wies auch hin auf die Bedeutung des gemeinsamen Gebets der muslimischen Gläubigen, denn es bringe sie dem Allmächtigen Gott näher. (Guardian 14.8.06)

*

Kikwete zur Toleranz in Religionsfragen: Erstmals hatte Kikwete während des Ramadhan führende Muslime, Christen und Hindu zum Fastenbrechen eingeladen. Er sagte: "Normalerweise halte ich keine Rede, wenn ich Leute zum Fastenbrechen einlade. Aber heute fühle ich mich gezwungen, etwas zu sagen. Ich bat Sie, zu kommen, damit wir über unsere Einheit sprechen können." Tansania sei für den Zusammenhalt in seiner Gesellschaft bekannt, denn Menschen verschiedenen Glaubens kooperierten und achteten einander. Jeder wähle seinen Glauben individuell. Trotzdem gebe es die Tendenz, zu meinen, der eigene Glaube sei der beste, alle anderen hätten Unrecht.

Kikwete sagte: "Wir Muslime haben unterschiedliche Glaubensgemeinschaften." Die geladenen Bischöfe seien beide Christen, "aber jeder wählte seinen eigenen Weg. Wenn wir unsere Unterschiede in Feindschaft verkehren, dann sündigen wir gegen den Allmächtigen Gott. Jeder praktiziert seinen eigenen Glauben, aber wir bleiben Tansanier. Deshalb erfreut sich unser Land der Stabilität. Das ist bestimmt ein Segen für uns. Die Menschen sind als Afrikaner, Inder, Chinesen und Europäer erschaffen worden; aber wir alle sind Gottes Geschöpfe." Unter Kikwetes Verwandten sind einige Christen, einige Muslime. Er berichtete, als sein Vater, ein Muslim, starb, habe ihn ein Onkel, der Pfarrer war, liebevoll, ohne dass Unterschiede des Glaubens gezeigt wurden, aufgezogen. "Als der Onkel in unserem Haus starb, beerdigten wir ihn dem christlichen Glauben entsprechend." (DN 18.10.06; Guardian 18.10.06; Msema Kweli 22.10.06)

*

Kikwete zur Toleranz und zum Muslimrat: In seiner Ansprache bei der zentralen *Id Baraza* in Arusha geißelte Kikwete muslimische Geistliche, die in den Moscheen Hass predigten und religiöse Feindschaft entfachten. Er sagte: "Halsstarrige Geistliche kann die Regierung nicht tolerieren. Wir werden bestrebt sein, die Aktivitäten dieser Menschen in unserem Land einzugrenzen. Ich warne alle, die möglicherweise Hass predigen." Auch weiterhin werde die Regierung die Religionsfreiheit schützen. Anerkennung verdiene, dass die führenden Oppositionspolitiker Religion und Politik nicht vermischten.

An den *Tansanischen Muslimrat* (Bakwata) gewandt sagte Kikwete, dieses Gremium solle seine legitime Führungsposition zurückgewinnen, indem er Vertrauen und Respekt der Gläubigen erwerbe. Doch dafür müssten seine Aktivitäten transparent sein. Vor Finanz- und anderen Skandalen solle er sich hüten. "Der Bakwata muss ein Organ sein, das alle spirituellen und anderen Probleme der Muslime im Land löst", betonte er. Fehle eine vertrauens- und glaubwürdige Körperschaft, "fallen einige Gläubige in falsche Hände und bringen den Glauben in Misskredit." (DN 25.10.06; Guardian 25.10.06; Msema Kweli 29.10.06)

*

Kommentare zu Kikwetes Ansprache: Bei Interviews lobten viele das Bestreben Kikwetes, die Muslime unter der Schirmherrschaft des Bakwata zu einen. Für seine Ansprache bei der *Id Baraza* in Arusha habe er den richtigen Zeitpunkt gewählt. Ein Scheich lobte: "Die Rede des Präsidenten war fehlerlos. Wir müssen uns ernsthaft nach ihr richten." Ein Geschäftsmann aus Arusha sagte. "Seine Anmerkungen zu religiöser Toleranz und Respekt voreinander sind richtungsweisend in diesen Zeite voll Turbulenzen und Missverständnissen, die einige engstirnige Prediger und Gläubige verursachten." (DN 26.10.06)

*

Oberscheich zum Streit unter Muslimen: Bei den *Id el-Fitr*-Gebeten in Arusha forderte der Oberste Scheich, Mufti Shaaban Bin Simba, mit Nachdruck von den Muslimen einen gemeinsamen Einsatz für nachhaltigen Frieden. Spaltungen unter den Muslimen entsprächen den Lehren des Propheten Mohammed nicht. Sie machten es den Gläubigen unmöglich, ihre Ideologie und den islami-schen Glauben zu verteidigen. Es sei höchste Zeit, dass die Muslime ihre Differenzen begrüben und Einigkeit, Harmonie und Ruhe bewahrten. (Guardian 25.10.06)

Muslimische Nachrichten

Sechs Bakwata-Verantwortungsträger entlassen: Mufti Shaaban Bin Simba entließ sechs Mitglieder des Bakwata-Exekutivrates. Man vermutet, sie seien in Bestechungsskandale verwickelt, hätten Bakwata-Gelder veruntreut, den Verlust von 50 t Datteln verschuldet. Sie sollten in verschiedenen Regionen verteilt werden. Die Männer müssen demnächst vor Gericht erscheinen. (Guardian 15.11.06)

*

Zur Hizb ut Tahir: Der Polizeikommandant der Region Sansibar Stadt sagte, *Hizb ut Tahir*, eine in einigen Ländern verbotene Gruppe, die sich der Vereinigung aller Muslime zu einem pan-islamischen Staat verschrieben habe, sei auf den Inseln aufgetaucht. Nachts habe sie an Läden und Marktplätzen Plakate aufgehängt mit der Botschaft 'The Solution is Khaliffa', ein Kalifat, das von einer einzigen islamischen Führungspersönlichkeit geleitet wird. "Wir wussten von der Existenz dieser Gruppe, aber zum ersten Mal erleben wir, dass sie Flugblätter herstellt, dass sie an die Öffentlichkeit tritt. Ihre Aktivitäten werden untersucht", erklärte er. *Hizb ut Tahir* ist eine 1953 gegründete weltweit agierende Partei. Man nimmt an, die meisten ihrer Anhänger seien im Untergrund, seit sie in mehreren arabischen Ländern verboten wurde, Ägypten, Syrien und Russland eingeschlossen. "Wir sind Teil der internationalen Allianz und glauben, die Muslime sollten von einem Kalifat geführt werden", sagte ein Mitglied der Gruppe, Besitzer eines kleinen Ladens für Handy-Zusatzgeräte im Zentrum der Stadt Sansibar. "Demokratie ist die Methode der Ungläubigen und wir wollen nicht, dass sie der islamischen Gesellschaft aufgezwungen wird." Man sei nicht für Gewalt. "Wir wollen die friedliche Verwandlung eines säkularen in einen islamischen Staat." Der Kalif gilt als Nachfolger des Propheten Mohammed. Die Türkei schaffte das Kalifat 1924 ab.

Amani Abeid Karume, Präsident von Sansibar, reagierte auf das Erscheinen der *Hizb ut Tahir* mit der Warnung, die Sansibaris sollten sich fern halten von Menschen, die religiöse Gefühle anstachelten, denn sie gefährdeten Frieden, Einheit und Sicherheit.

Auch ein Sprecher der CUF; der einflussreichsten Oppositionspartei, distanzierte sich von der *Hizb ut Tahir*. Er gab jedoch zu bedenken: "Die Demokratie gelingt in Sansibar nicht. Was erwartet ihr anderes als Gruppen, die ihrem Ärger Luft machen wollen?" (Guardian 2./4.11.06)

*

Präsident Karume zum Beitritt zur OIC: Der Präsident von Sansibar, Amani Abeid Karume, sagte bei einer Pressekonferenz, für Sansibar sei es lebenswichtig, der *Organization of Islamic Countries* (OIC) beizutreten, und zwar als Teil der Vereinigten Republik, nicht als Staat, das wäre weise. Im Außenministerium arbeiteten Fachleute noch immer an dieser Frage. Die OIC-Mitgliedschaft wäre für die Inseln sehr vorteilhaft.

Vor einigen Jahren hatten bestimmte Kreise der Einwohner des Festlands auf die Bestrebung Sansibars, der OIC beizutreten, mit dem Hinweis reagiert, laut Verfassung sei Tansania ein säkularer Staat, könne deshalb als Staat keiner regionalen religiös definierten Gruppierung beitreten. Schließlich lehnte die Regierung unter Ali Hassan Mwinyi den Antrag ab. <Siehe Tans.-Inf. 3/93 S. 4; 4/93 S. 2; 10/93 S. 1; 12/94 S. 1; 3/95 S. 2> (Guardian 4.11.06)

*

Internationale Tagung: Das *Network of African Islamic Faith-based Organizations* hielt in der Stadt Sansibar eine fünftägige Konferenz. Geistliche aus 25 Ländern Afrikas nahmen teil. Es ging um die muslimische Sicht in Bezug auf HIV/AIDS, Gewalt zwischen Männern und Frauen, soziale und Entwicklungsprobleme. Das Netzwerk wurde 2005 mit Unterstützung Kofi Annans gegründet. (IRIN 14.11.06)

Zum Id el-Fitr

Die Feierlichkeiten können bis zu fünf Tagen dauern. Die Preise stiegen vor dem Fest gewaltig, für 1 kg Reis von 650/- TSh auf 800/- TSh, für 1 kg Fleisch von 1.200/- TSh auf bis zu 3.000/- TSh. (Guardian 24.8.06)

*

Offizielle Veranstaltungen: Präsident Kikwete besuchte die Id-Gebete in Dar-es-Salaam. Anschließend flog er nach Arusha zur zentralen Id Baraza im *Arusha International Conference Centre*. Auch die führenden Leute des *Tansanischen Muslimrates* (Bakwata) nahmen daran teil.

Kikwete und der Oberste Scheich, Mufti Shaaban Bin Simba, hielten eine Ansprache. (DN 25.10.06; Guardian 25.10.06; Msema Kweli 29.10.06)

*

Ansar Sunna: In Sansibar feierten die Gläubigen der *Ansar Sunna* Id el-Fitr in Frieden. In den letzten Jahren hatte es Zusammenstöße mit Polizei und Mitbürgern gegeben, denn man warf ihnen vor, sie feierten das Fest, ehe der Mond gesichtet worden sei. Einige dankten der Regierung. "Sie ist nicht religiös. Deshalb verstanden wir nicht, warum wir bestraft wurden, wenn wir als *Ansar Suna* beten. Wir denken, jetzt versteht die Regierung etwas von Glaubensfreiheit", sagte ein Scheich. Ein Gläubiger berichtete, sie hätten ihren Augen kaum getraut, als sie keine Polizisten sahen. "Früher haben sie Tränengas eingesetzt, unsere Scheichs verhaftet." (Guardian 24.10.06)

*

Dar-es-Salaamer Kinder freuen sich auf Id el-Fitr:

Seleman (6): Ich habe viel vor. Mein Vater hat mir einen schönen Anzug gekauft. Die Mama versprach gutes Essen.

Ruth (6): Ich ziehe mich schön an und lade meine Freundinnen zum Essen ein.

Saddy (6): Ich trinke Saft und Sprudel und esse Plätzchen. Ich weiß, dass es viele gibt.

Feisal (6): Ich gehe an den Strand und nehme etwas zu essen mit und komme erst abends heim.

Tina (5): Vielleicht bleibe ich zu Hause und schaue TV oder ich gehe in die Kirche.

Aisha (6): Ich ziehe besondere Kleider und Schuhe an, die meine Mama extra gekauft hat. Dann besuche ich Verwandte

Valentine (6): Ich werde Reis und Bohnen essen und Bambucha trinken. Dann sagen meine Eltern, wohin wir gehen, zu etwas, wo man Spaß hat. (Guardian 21.10.06)

Zum Kadi-Gericht

Rückblick: Lange sprach man im Verborgenen über das Kadi-Gericht, öffentlich erst, als das Mehrparteiensystem 1992 eingeführt wurde. Zwei Abgeordnete baten damals vergeblich, das Parlament solle über die Einsetzung eines Kadi-Gerichts diskutieren. Andere betonten, beim Kadi-Gericht handle sich um eine religiöse Angelegenheit. In ihrem Wahlmanifest von 2005 versprach die CCM, das Kadi-Gericht wieder zum Leben zu erwecken. (Guardian 9.8.06; Nipashe 24.9.06)

*

Reaktionen einiger Kirchen: In einer Erklärung katholischer Geistlicher heißt es, die Sicherheit werde gefährdet, die Verfassung verletzt. Ein Kadi-Gericht würde den Christen und den Nichtmuslimen das Leben sehr schwer machen.

In einer Erklärung der lutherischen Bischöfe wird das Parlament dringend gebeten, sich der Einsetzung eines Kadi-Gerichts auf dem Festland zu widersetzen. In Sansibar gebe es Kadi-Gerichte, was die Verfassung von Sansibar vorsehe. Auf dem Festland aber würde das "den Frieden gefährden, sowie Einheit und Zusammenhalt der Nation und die Verfassung schwächen. Sie trennt Staat und religiöse Angelegenheit strikt, denn unsere Regierung hat keine Religion", heißt es in der Erklärung.

Die anglikanischen Bischöfe schließen sich dem Einspruch der katholischen Kirche an. In ihrer Erklärung heißt es, falls das Parlament per Gesetz das Kadi-Gericht einführe, würden die Nicht-Muslime ausgegrenzt. In den Kadi betreffenden Angelegenheiten sollten die Muslime selbst entscheiden, außerhalb des Gesetzes des Staates. Entsprechend handelten die christlichen Konfessionen hierzulande. Kirchliche Gerichte oder Gremien sprächen Recht, kümmerten sich auch um Ehe und Moral. Die anglikanische Kirche stimme vielen Abschnitten des Ehrechts von 1971 nicht zu, sie widersprächen ihrem Glauben, ihrer Lehre. (DN 18.8.06; Guardian 21.10.06; Nipashe 24.9.06; Msema Kweli 27.8./ 10.9.06)

*

Antwort von Muslimen: Geistliche reagierten auf die Einwände der Christen mit dem Vorwurf, die Kirchen blockierten die Einsetzung eines Kadi-Gerichts, obwohl es nur für Muslime zuständig sei. Außerdem sei das CCM-Wahlmanifest entstanden, als Vorsitzender, Vizepräsident und Generalsekretär der CCM Christen waren. In einer Erklärung des Bakwata heißt es, die Existenz eines Kadi-Gerichts sei ein Grundrecht, das man den Muslimen laut Koran unbedingt zugestehen müsse. Den Bakwata betrübten die beleidigenden, schmutzigen, Äußerungen der Nichtmuslime, die behaupteten, die Einsetzung eines Kadi bringe Chaos und Unfrieden, sagte Mufti Simba. Zu den Aufgaben des Kadi-Gerichts gehörten Erbschaft, Vermächtnis, Stiftung, Ehe, Scheidung, Kindererziehung, Fragen der Gottesdienstmonate und Entscheidungen bei Streitfällen von Muslimen in den Moscheen. Die anderen Religionsgruppen benötigten solche Ordnungen nicht, deshalb hätten sie kein Recht, sich einzumischen. Das sei Unterdrückung, Verachtung, Knecht-

tung, Verächtlichmachung der Muslime und Einmischung in ihre Religionsfreiheit. (Guardian 9.8.06; Msema Kweli 27.8.06)

*

Informationskampagne: Dozenten mehrerer christlicher Denominationen beschlossen, das ganze Land zu bereisen, um den Christen bei Seminaren und Versammlungen in den Kirchen die Gründe für die Einführung des Kadi-Gerichts darzulegen, auch die Begleiterscheinungen und den Schaden, den sie erlitten, würde es eingeführt. (Msema Kweli 10.9.06)